

Köln Nachrichten

Das Online-Nachrichtenmagazin für Köln

Kölner Sozialdemokraten kritisieren Standortkonzept der Bundeswehr

veröffentlicht am: 26.10.2011 um 21:00 Uhr



Keine angenehmen Nachrichten hatte Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière am heutigen Mittwoch bei der Veröffentlichung des Standortkonzepts. Auch in Köln war man nicht beglückt. Bild: Bundespresseamt

Am heutigen Mittwochmittag gegen 15 Uhr ließ Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) das neue Standortkonzept der Bundeswehr. Hintergrund der Neuplanung von Bundeswehrstandorten ist die geplante Verkleinerung der Armee und der bereits beschlossenen Umwandlung von einer Wehrpflicht- in eine Freiwilligenarmee. Dabei sollen bis zu 30 Prozent der Planstellen wegfallen. Wie der CDI-Politiker der Bundespressekonferenz heute vorstellte, werden aber lediglich 31 der 328 Bundeswehrstandorte komplett aufgegeben. Nordrhein-Westfalen kommt dabei mit zwei Standortschließungen vergleichsweise glimpflich davon. Härter traf es da Schleswig-

Holstein und Rheinland-Pfalz, die gleich sechs bzw. fünf Standorte schließen müssen. Neben der organisatorischen Möglich- und Notwendigkeiten bezogen die Ministerialen bei der Beurteilung der Standorte auch andere militärfremde Standortfaktoren in die Entscheidungsfindung ein, alle jedoch "rein funktional", wie de Maizière betonte. „Wir halten an unserem Ziel fest, in der Fläche präsent zu bleiben“, versicherte der Minister weiter. Diese Entscheidung aber führt zwangsläufig dazu, dass andere Standort erheblich ausgedünnt werden. Nur so seien die ehrgeizigen Ziele der Bundeswehrreformer einzuhalten. Bei der Anzahl der so genannten „Dienstposten“ wird die Armee von derzeit 281.500 auf 197.500 reduziert, ein Stellenabbau von knapp 30 Prozent.

Harte Einschnitte für den Militärstandort Köln – Nörvenich wird aufgegeben



Übersicht über die Standorte in NRW. Zwei Schließungen und signifikante Reduzierungen nicht nur in Köln. Grafik: Bundesverteidigungsministerium BMVg

Auch der Bundeswehrstandort Köln ist betroffen, wie ein Blick in das Standortkonzept zeigt. 2190 Dienststellen werden in der größten NRW-Kommune zum Opfer fallen. Von den bisher 7910 werden nach der Umsetzung der Reform 5720 übrig bleiben, ein Rückgang von 27,7 Prozent. Das Heeresamt an der Brühler Straße wird komplett aufgelöst, ebenso wie das Luftwaffenausbildungskommando am Standort Wahn, das Streitkräfteunterstützungskommando und das Kreiswehersatzamt, ebenfalls an der Brühler Straße. Nach Schortens verlagert werden

die Flugbereitschaft des Bundesverteidigungsministeriums und die Luftwaffenunterstützungsgruppe. Andere Dienststellen wie das Personalamt der Bundeswehr und das Amt für den militärischen Abschirmdienst (MAD) werden zum Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr zusammengelegt. Diese Dienststelle wird allerdings am Standort Köln bleiben, ebenso wie das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum und die Bundeswehrof-fachschule. Allerdings verrät der Blick in die Details des Standortkonzepts, das unter anderem das flugmedizinische Institut der Luftwaffe von Fürstenfeldbruck und der Generalarzt der Luftwaffe von Siegburg nach Köln verlagert wird. Mit dieser Kürzung liegt Köln trotz „signifikanter Kürzung“ noch etwas unterhalb der generellen Personalkürzungen. Die beiden Standorte in Königswinter sowie der Flugplatz in Kerpen-Nörvenich sollen sogar ganz aufgegeben werden, so das Standortkonzept.

Heftige Kritik des politischen Gegners



Oberbürgermeister Jürgen Roters fordert detailliertere Informationen und empörte sich über die Geheimhaltung im Vorfeld. Bild: Stadt Köln

Kaum war das Konzept verkündet und der Download-Bereich mit der 140-seitigen Broschüre freigeschaltet, hagelte es Kritik vom politischen Gegner der schwarz-gelben Bundesregierung. Bereits um 14:48 Uhr übte der Kölner Bundestagsabgeordnete Martin Dörmann im Chor mit dem Kölner Unterbezirksvorsitzenden und Landtagsabgeordnete Jochen Ott heftige Kritik an der Standortentscheidung. „Die vom Bundesverteidigungsministerium im Rahmen der Bun-

deswehrreform angekündigten Personalkürzungen und Standortschließungen in Köln sind überproportional und sachlich in dieser Form nicht akzeptabel. Wir bedauern, dass es offenbar kein objektives Kriterium für die Entscheidungen gab“, so der Wortlaut der frühen Stellungnahme. Dabei haben die besorgten Sozialdemokraten vor allem die sozialverträglichen Regelungen im Visier, die nun folgen müssen. Zwar räumten auch die beiden Sozialdemokraten ein, dass Köln seinen Beitrag leisten müsse. Doch diese Einschnitte gingen nach Meinung der beiden Politiker weit über einen „angemessenen Betrag“ hinaus, der im Vorfeld versprochen wurde, so die Kernkritik der beiden Bundespolitiker.

Genau eine Stunde und eine Minute nach der Meldung aus der Kölner SPD-Zentrale meldete das städtische Presseamt die offizielle Stellungnahme des Kölner Stadtoberhaupts. „Der Bundeswehrrückbau ist so nicht hinnehmbar“, überschrieb der Oberbürgermeister der Millionenstadt seine Kritik an dem vorgelegten Konzept. Neben einer Abmilderung der Folgen forderte Roters – wie schon seine beiden Parteifreunde – eine detaillierte Auskunft über das Ausmaß des tatsächlichen Stellenabbaus. Besonders sauer stieß dem SPD-Politiker die Geheimhaltung im Vorfeld der heutigen Entscheidungspräsentation auf. „Unsere Versuche, im Vorfeld an Informationen zu gelangen, wurden systematisch zurückgewiesen. Das ist so nicht akzeptabel“, empörte sich Roters. Auch die Wirtschaftsdezernentin Ute Berg befürchtet negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Köln und seine Kaufkraft. Auch sie fordert – wie ihr Dienstherr – eine Revision der Standortentscheidung. Der Wirtschafts- und Wachstumsraum Köln dürfe nicht dauerhaft geschädigt werden, so Berg und Roters abschließend.

Kommentar: Andreas Wulf – Entscheidung zum Bundeswehr-Standort Köln
Reply #1 on : Fri October 28, 2011, 23:29:13

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters!

Ihre offizielle Kritik an der Standortentscheidung des BMVg vom 26.10.2011, nach der ca. 2.200 Dienstposten in Köln reduziert werden, ist nicht nachvollziehbar.

Herr Oberbürgermeister Roters, Sie wollen den geplanten Stellenabbau in Ihrer Region so nicht hinnehmen und halten das Vorgehen des Verteidigungsministers für nicht akzeptabel? Köln wird seinen Status als die größte Garnison der Bundeswehr verlieren. Als bisher größter Bundeswehr-Standort musste eine Reduzierung der Truppenstärke, von der Sie sicherlich gehört haben, zwangsläufig auch in Köln spürbar werden.

Herr Oberbürgermeister Roters, wie haben Sie sich auf diese Entwicklung vorbereitet, mit wem haben Sie von sich aus im Vorfeld gesprochen, um sich ein Bild zu machen? Haben Sie ein Netzwerk zu den militärischen Vertretern vor Ort?

Auf der anderen Seite sollte auch gefragt werden, was Köln für seine Soldatinnen und Soldaten getan hat. In der Bevölkerung wie im Stadtbild war zu keiner Zeit präsent, dass Köln die größte Bundeswehr-Garnison Deutschlands ist.

Ein aktuelles Beispiel: Für eine Solidaritätsbekundung mit den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr auf dem Roncalliplatz vor dem Kölner Dom am 22.10.2011, in der eine menschliche gelbe Schleife gebildet werden sollte, fanden sich – trotz langer Ankündigung (sogar auf www.koeln.de) – noch nicht einmal 100 Unterstützer.

Wie werden die Mandatsträger der Interessenvertretungen der aktiven und ehemaligen Soldaten in Köln wahrgenommen? Herr Oberbürgermeister Roters, sind Ihnen diese Vertreter überhaupt bekannt?

Seit 2005 wurde im Norden Kölns die größte Personal bearbeitende Stelle der Bundeswehr aufgestellt, die Stammdienststelle der Bundeswehr. Wie ist es zu erklären, dass die Anbindung an das öffentliche Nahverkehrsnetz noch immer über eine 1 km lange und zum Teil schlecht beleuchtete Zuwegung erfolgt, die zudem über einen abgetrassten Parkplatz führt und dass für die Fußgänger eine Bodendeckerrabatte im Weg steht?

Die Situation der öffentlichen Verkehrsmittel in Köln ist so schlecht, dass man mit einem Pkw alle Strecken fast in der Hälfte der Zeit bewältigt. Jetzt wird auch noch geplant, diesen Individualverkehr durch massive "Stausierungen" zu verhindern: Ich nenne nur die aktuelle Realisierung der KVB-Linie 16 im Querungsbereich der Rheinuferstraße und die geplante Verschlimmbesserung im Bereich des Verteilerkreises Köln-Süd als Beispiele.

Einem Großteil der in Köln zur Miete lebenden aktiven und ehemaligen Soldatinnen und Soldaten und ihren Familien wurde zuletzt mit drastischen Mieterhöhungen in die Geldbörse gegriffen – eine Folge des sehr hohen Mietniveaus nach dem Kölner Mietspiegel. Die hohen Mieten sind auch ein Grund, aus dem viele Angehörige der Kölner Bundeswehr-Dienststellen ihren Wohnsitz in einem sehr weiten Einzugsbereich suchen müssen oder sogar Wochenendpendler sind. In Köln führen die geringen Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen fast immer dazu, dass die überlebenden Ehepartner der Bundeswehrangehörigen zu Sozialfällen werden.

Also Herr Oberbürgermeister Roters, geht es Ihnen wirklich um die Soldatinnen und Soldaten, die ehemaligen Soldatinnen und Soldaten und deren Hinterbliebene in der Garnisonsstadt Köln oder doch nur um die schwindende Kaufkraft?